Bürger dürfen künftig zweimal fragen

GLÜCKSTADT Die Einwohner dürfen künftig auch am Ende von städtischen Sitzungen noch Fragen stellen. Das aber zunächst probeweise nur 2019. Darauf verständigten sich die Politiker in der Stadtvertretung nach kontroverser Diskussion. Bisher stand die „Einwohnerfragestunde“ nur einmal zu Beginn jeder Sitzung auf der Tagesordnung. Bürger beklagten aber, dass sich während der Sitzungen neue Fragen ergeben würden. Wenige Male wurde dafür die Sitzung geöffnet und ausnahmsweise Fragen zugelassen. Doch das ist laut Bürgermeisterin Manja Biel nach dem Ortsrecht nicht zulässig.

Siegfried Hansen hatte für die BFG (Bürger für Glückstadt) den Antrag gestellt, zwei Fragestunden einzuführen. In der Stadtvertretung plädierte Hansen für mehr Transparenz. Er erklärte auch, dass solch ein Vorgehen im Kreistag „gang und gäbe sei“. Irritiert zeigte sich Hansen über die voran-

gegangene Diskussion zum Thema, die im Kommunalausschuss stattgefunden hatte. Er zitierte daraus Sätze von Politikern wie: „Dann dauert die Sitzung ja vielleicht noch zehn Minuten länger“ oder „Dann wird das Protokoll ja noch länger“. Christine Berg (Grüne) befürwortete den Vorschlag der BFG. „Wir unterstützen Bürgerbeteiligung“, sagte sie und dankte Hansen für diese Initiative.

Manfred Lück (CDU) hielt eine zweite Fragerunde für „schwierig und nicht sinnvoll“. Auch sei ihm der Sinn nicht klar. Ralf Krüger (FDP) sprach sich ebenfalls dagegen aus. „Ich habe Bedenken, dass dann Einfluss von Bürgern auf Kommunalpolitiker genommen wird“, sagte er. Warum sollte ein Bürger Einfluss nehmen können, fragte Nicole Evers (SPD). Falls der Bürger in der Sitzung nicht fragen könne, warte er einfach vor der Tür. „Wir sind hier nicht eingesperrt. Wir haben Kontakt zu Bürgern.“ *cr*